

Meilenstein oder bürokratische Blendgranate?

Sozialministerium will eine Pflegekammer einrichten und befragt derzeit die Betroffenen / Berufsverbände sind skeptisch

Von Markus Langer

Stuttgart/Gaggenau – Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird der Bedarf an qualifizierter Betreuung alter und kranker Menschen steigen – das ist unstrittig. Das baden-württembergische Sozialministerium plant die Einrichtung einer Pflegekammer, um den Pflegeberuf aufzuwerten und den darin Tätigen eine Selbstverwaltung zu geben. Derzeit läuft eine vom Ministerium in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage unter rund 1 500 Fachkräften und Auszubildenden, um deren Meinung zu dem Projekt einzuholen. Berufsverbände stehen dem Vorhaben skeptisch gegenüber und befürchten ein neues Bürokratiemonster, das von den Beschäftigten auch noch selbst bezahlt werden müsste. Rund 100 000 Pflegekräfte im Land wären davon betroffen.

● Wie sollte eine Pflegekammer arbeiten?

Nach dem Vorbild bereits bestehender Kammern, etwa für Ärzte oder Architekten. Sie würde einheitliche Standards, etwa für die Weiter- und Fortbildung, erarbeiten und überwachen. Zudem soll sie eine Selbstverwaltung der in dem Bereich tätigen Menschen sein und somit dem Pflegeberuf mehr Gehör verschaffen. Eine Kammer wird über die Beiträge der Mitglieder finanziert, steht unter der Aufsicht des Landes und verwaltet sich selbst.

● Welche Vorbehalte gibt es? Vertreter von Berufsverbänden kritisieren, dass die Bildung einer Kammer nicht das richtige Instrument sei. Im Gegensatz zu Ärzten oder Architekten, die zu einem erheblichen Teil selbstständig arbeiten, seien in

der Pflege rund 95 Prozent der Mitarbeiter angestellt und damit weisungsgebunden. Deshalb könnten sie nicht eigenständig über die Ausgestaltung ihrer Arbeit entscheiden. Auch ihre Arbeitgeber, etwa Kliniken oder Altenheime, könnten nicht frei agieren, sondern müssten sich an die Vorgaben durch gesetzliche Bestimmungen und die Ergebnisse von Verhandlungen mit den Kostenträgern halten, betont Peter Koch, Geschäftsführer der Gaggenauer Altenhilfe und stellvertretender Landesvorsitzender des Deutschen Verbands der Leitungskräfte in der Alten- und Behindertenhilfe (DVLAB). Deshalb hält er eine Kammer auch für eine „Blendgranate“. Sie hätte seiner Meinung nach keinen wirklichen Gestaltungsspielraum und sei deshalb überflüssig.

● Gibt es schon Pflegekammern?

Ja, etwa in Rheinland-Pfalz. Dort müssen alle in der Kranken-, Alten- und Kinderpflege tätigen Fachkräfte zwangsweise Mitglied sein und jährlich einen Beitrag von etwa 100 bis 120 Euro an die Kammer entrichten. Dieses Modell berücksichtigt aber nicht Hilfskräfte, die in Kliniken fast keine Rolle spielen, in Senioreneinrichtungen aber bis zu 50 Prozent der Mitarbeiter ausmachen dürfen. Die Arbeitgeber müssen ihre Fachkräfte bei der Kammer melden, die Mitarbeiter den Beitrag aber selbst zahlen. Koch hält das für problematisch, weil besonders in der Altenpflege viele Frauen in Teilzeit tätig seien und der Kammerbeitrag für sie deutlich spürbar sei. In Bayern gibt es ein vom Land gefördertes Modell, in dem sich das Pflegepersonal freiwillig organisieren kann, also kein klassisches Kammer-Modell.



Rund 500 000 neue Pflegekräfte werden nach Berechnungen bis 2030 in Deutschland benötigt.

Foto: dpa

● Könnte eine Kammer bei der Steigerung der Qualität der Pflege helfen?

Dass eine alternde Gesellschaft nicht nur zahlenmäßig für mehr Pflegefälle sorgen, sondern auch die Anforderungen an die Pflegekräfte verschärft wird – etwa durch die steigende Zahl von zu betreuenden Demenzzkranken – ist unstrittig. Deshalb ist Andreas Krüger für eine stetige Verbesserung von Standards in der Aus- und Weiterbildung. Er ist Leiter der Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehelfer der Deutschen Angestellten-Akademie in Freiburg und Vertreter des Arbeitskreises Ausbildungsstätten für Altenpflege in Deutschland. Es benötige aber keine Kammer, die das regelt. Bei der Weiterbildung, die ei-

ner Zusatzqualifikation des Mitarbeiters dient, sei eine Ausweitung der Praxisanleitung von bisher 200 auf 300 Stunden vorgesehen – und auch begrüßenswert, findet Krüger. Die Details werden bislang aber in der Weiterbildungsordnung geregelt und von den Regierungspräsidien überwacht. Dies sei auch eine Aufgabe des Staates, meint Claire Désenfant vom DVLAB. Mit einer Verlagerung in eine von den Mitarbeitern zu bezahlende Kammer wälze der Staat seine Aufgabe einfach ab. Die eigentliche Ausbildung zu einer Pflegefachkraft ist ohnehin in einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung geregelt.

● Wie groß ist der Druck auf den Pflegebereich?

Die Anforderungen an Pflegekräfte sind insbesondere in der Seniorenbetreuung sehr hoch. Laut Koch sind die meisten Mitarbeiter nach ihrer Ausbildung nur acht bis zwölf Jahre in dem Beruf tätig. Bis 2030 werde man in Deutschland aufgrund des demografischen Wandels rund 500 000 neue Pflegekräfte benötigen. Ein Kammerwesen sei dabei wenig hilfreich, meinen die Interessenvertreter. Dies führe nicht nur zu einer finanziellen Belastung der Mitarbeiter, sondern erhöhe auch den bürokratischen Aufwand für die Überwachung der von einer Kammer erstellten Vorgaben. Schon heute müsse eine Fachkraft bis zu einem Viertel ihrer Arbeitszeit für Dokumentationen aufwenden. Noch mehr

Bürokratie werde mögliche Nachwuchskräfte, die vor allem mit Menschen arbeiten wollen, eher abschrecken, fürchtet Koch.

● Wie kann man die Interessen der Mitarbeiter besser berücksichtigen?

Das Ministerium setzt darauf, dass die Kammer bei der Erarbeitung von Standards und politischen Vorgaben das Praxiswissen ihrer Mitglieder einbringen und so den Berufsstand fördern könnte. Die Skeptiker bezweifeln dies und verweisen darauf, dass in Kammern die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit nicht sehr hoch sei. Sie setzen darauf, den Einfluss der bestehenden Berufsverbände und Gewerkschaften zu erhöhen.

Geständnis zum Prozessauftakt

Heidelberg (lsw) – Mit einem Geständnis hat der Prozess um den gewaltsamen Tod einer jungen Frau im vergangenen Jahr in Heidelberg begonnen. Der frühere Lebensgefährte von Julia B. räumte ein, dass er mit der 26-Jährigen im August 2017 gestritten habe und die Frau nach einem Schlag reglos liegengelassen sei. Er habe das nicht gewollt, gleichwohl sei er verantwortlich, räumte der Angeklagte gestern vor dem Landgericht ein. Die Verteidigung verlas eine entsprechende Erklärung des 34-Jährigen. Darin räumt Johann N. auch ein, dass er die Leiche in einem Gebüsch bei Zwingenberg (Südhessen) rund 40 Kilometer nördlich von Heidelberg versteckt habe.

Kindergartenleiter vor Gericht

Heilbronn (lsw) – Der ehemalige Leiter eines evangelischen Kindergartens in Heilbronn muss sich vom 16. März an wegen der Verbreitung und des Besitzes von Kinderpornos vor Gericht verantworten. Dem 30-Jährigen drohen nach Angaben des Amtsgerichts bis zu fünf Jahre Haft. Bei ihm waren laut Anklage vom Dezember bereits 2016 mehr als 10 000 Bilder und 900 Videos mit kinderpornografischem Inhalt gefunden worden. Die Kirchengemeinde hat den Mann freigestellt.

Ulrich Lang gestorben

Früherer SPD-Landes- und -Fraktionschef

Stuttgart (lsw) – Der frühere SPD-Landes- und Fraktionschef Ulrich Lang ist tot. Er starb gestern im Alter von 84 Jahren in Michelbach bei Schwäbisch Hall, wie die Landespartei und die Fraktion mitteilten.

Landeschefin Leni Breymer und Fraktionschef Andreas

Stoch würdigten Lang als einen Politiker, der dazu beigetragen habe, den Arbeitnehmerflügel und die stärker ökologisch ausgerichteten Teile der SPD zusammenzuführen.

Lang führte den Landesverband der SPD von 1981 bis 1987. Von 1980 bis 1988 war er Fraktionschef.

Bäume vorsätzlich manipuliert?

Fällarbeiten für Stuttgart 21: Bahn prüft rechtliche Schritte

Stuttgart (lsw) – Nach dem Fund einer ominösen Flasche mit Käferkot in einem Baum vermutet die Bahn, dass ihre Fällarbeiten für das umstrittene Projekt Stuttgart 21 behindert werden sollten. Der Konzern spricht von einer Manipulation, die auf das Konto von Stuttgart-21-Gegnern gehen

könnte. „Wir prüfen rechtliche Schritte“, sagte ein Sprecher. Eine Manipulation von Artenschutzbefunden bei der Rodung sogenannter Juchtenkäfer-Verdachtsbäumen könne dazu geführt haben, dass Bauarbeiten zweieinhalb Jahre verzögert und erheblich verteuert worden seien. Der Juchtenkä-

fer ist ein streng geschützter Holzkäfer. Bei Nachweis einer Besiedlung von Bäumen mit dem Insekt müssen Bauherren komplizierte Genehmigungsverfahren durchlaufen. Bei Stuttgart 21 waren dies ein Planänderungsverfahren und eine EU-Genehmigung für die Baumrodung.

Motive der Keramik-Kunst bleiben vorerst geheim

Förderverein ist optimistisch, die nötigen Spenden für umstrittenes Lüpertz-Projekt aufbringen zu können

Karlsruhe (sj) – Es ist eine Idee, die Karlsruhes Kunstszene seit Frühjahr vergangenen Jahres spaltet: die Offerte des „Malerfürsten“ Markus Lüpertz an seine Wahlheimat, sieben U-Bahn-Haltestellen mit großflächiger Keramik-Kunst auszustatten. Heftige Kritik gab es an nicht eingehaltenen Vergabe-Richtlinien. Nachdem der Gemeinderat im Juli 2017 mehrheitlich für das Projekt votierte, kümmert sich ein neu gegründeter Verein um die Finanzen. Was konkret zu sehen sein soll, soll „vorerst geheim“ bleiben.

Lüpertz, der zwischen 1974 und 1986 als Professor für Malerei an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe wirkte, und heute noch einen Wohnsitz dort hat, wollte der Stadt anlässlich des 300. Stadtgeburtstags im Jahr



Anton Goll.

Foto: Jehle

2015 „ein Geschenk“ vermachte: zusammen mit dem früheren Geschäftsführer der Keramik-Manufaktur „Majolika“, Anton Goll – der als der eigentliche Initiator des Kunstprojekts gilt. Lüpertz' Idee dabei: auf insgesamt 14 jeweils zwei Mal viereinhalb Meter

großen Keramiktafeln an sieben U-Bahn-Haltestellen die biblische Schöpfungsgeschichte darzustellen. „Genesis“ nennt sich das spektakulär anmutende Vorhaben.

Im Sommer und Herbst vergangenen Jahres gab es anhaltend Kritik. Selbst in den Feuilletons überregionaler Medien fand das Projekt kontroversen Widerhall. Noch im Jahr 2017 hatte sich – als eine der Vorgaben aus dem Gemeinderatsbeschluss – eigens ein gemeinnütziger Verein „Karlsruhe Kunst Erfahren e.V.“ gegründet. Seine Hauptaufgabe: die zugesagten Sponsorengelder einzusammeln und vertraglich abzusichern. Mit Künstler Lüpertz wurde inzwischen ein Kontrakt unterzeichnet, er soll demnach „alle Rechte an dem Kunstwerk“ an den Verein abtreten. Vorerst ist auch die

Laufzeit begrenzt: sechs Jahre lang soll die Keramik an den unterirdischen Haltestellen, anstelle sonst typischer Werbeaufhänger, hängen dürfen. Was dann geschieht, bleibt offen. Anvisiert ist als Fertigstellung der Großflächenkunst der Herbst 2020 – dann soll die U-Bahn eröffnen.

Projekt-Initiator Anton Goll, der als geschäftsführender Vorstand des neu gegründeten Vereins fungiert, spricht von Kosten in Höhe von „rund einer Million Euro“, davon zirka 200 000 Euro nur für die Herstellung der Keramiktafeln. Die Kosten sollen aus privaten Sponsorengeldern finanziert werden – die Stadt „keinen Cent“ geben. Auch Golls Stellvertreter im Verein, Bernd Gundlach, einst im Vorstand der Landesbausparkasse (LBS), strahlt Zuversicht aus

„dass man die Gelder aufbringen könne“. Starten solle Lüpertz mit den Arbeiten „wenn wir es uns leisten können“, sagt der Schatzmeister des Vereins, Andreas Sütterlin. Haupt-Initiator Goll sprach im vergangenen Sommer mehrfach von „einer halben Million Euro“, die er bereits zugesagt bekommen habe.

Was bei den sieben Motiven der Lüpertz'schen Schöpfungsgeschichte („Genesis“) konkret zu sehen sein wird, bleibt vorerst Geheimnis des Fördervereins und des Künstlers: Dies werde „bis zur Enthüllung geheim gehalten“, das Projekt solle „von der Spannung leben“, sagte Goll gestern in Karlsruhe. Offen blieb auch, ob bereits Entwürfe vorliegen. Lüpertz selbst wollte, so hieß es, während des Pressetermins in Düsseldorf.